

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rüdlik, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rindorf, Ortmannsdorf, Müllers St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllers, Subschnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 19.

Hauptinstitutionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang  
Freitag, den 24. Januar.

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 Mk. 70 Pf., durch die Post bezogen 3 Mk. 12 Pf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Köthelmer-Strasse 6 b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Ausleger entgegen. — Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeit mit 20, für auswärtige Verleger mit 25 Pf. berechnet. — Rücklagen 50 Pf. — Druckerei-Vertrag Nr. 7. — Im amtlichen Teile folgt die zweispaltige Seite 60 Pf., für Anzeigen 75 Pf. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Das im Grundbuche für Gallberg, Blatt 148, früher auf den Namen des Hofhospitales **Arno Fischer** in Gallberg einvertragne, jetzt herrenlose Grundstück soll am 24. März 1919, vormittags 9 Uhr — an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 6,7 Ar groß und auf 48 930 Mk. geschätzt. Es ist ein an der Ecke des Marktes und der Paul-Heroldstraße gelegener Hof, bestehend aus Wohn- und Schankgebäude, Schlachthaus und Schuppengebäude, sowie Hofraum, trägt die Ortsteilnummer 149, die Flurstücknummer 166 und ist zur Brandlaste mit 40090 Mk. eingeschätzt. Das Inventar ist auf 2757 Mk. 90 Pf. geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamtes sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 7. Dezember 1918 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lichtenstein, den 18. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

## Lichtenstein.

Granpen, S.-M.-R. A, 100 Gramm 10 Pf., Abschnitt W 1.

Zanderhonig, S.-M.-R. B, Abschnitt 23, 1/2 Pfund 40 Pf.

Wassertrank, 1/2 Pf. 17 Pf. bei allen Händlern.

Frühjahr-Geschenke, S.-M.-R. B, Abschn. 24, 1/2 Pf. Roblan für 60 Pf. oder 1/2 Pf. Schokolade für 70 Pf., Nr. 703—1019 bei Richter, Nr. 1020 bis 1361 bei Glöckl.

Butter, Abschn. Del für Januar, Nr. 1—959 bei Dietrich, Nr. 960—1591 bei Koch, Nr. 1592—Ende bei Wagner, 50 gr 54 Pf.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Zwischen Berlin und Braunschweig (bekanntlich Hauptknoten der Unabhängigen) wird gegenwärtig eine sehr gereizte Sprache geführt, die den Ausbruch eines Gewitters erwarten läßt.

\* Gegen den Entwurf einer neuen Reichsverfassung, der am Dienstag von uns veröffentlicht wurde, sind von preussischer Seite erhebliche Bedenken erhoben worden.

\* Gegen den früheren Führer der Volksmarine-division, den geflüchteten ehemaligen Oberleutnant Dorenberg, ist jetzt ein Haftbefehl erlassen worden.

\* Die englische Regierung teilt mit, daß sie am 1. Januar 330 feindliche Zwillinginterimier nach ihren Ländern abgehoben habe. Am 11. Januar seien 1600 Deutsche von Holland abgegangen, am 16. und 17. Januar weitere 980.

\* Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von maßgebender Seite erfährt, ist die Davarmeldung, daß die Goldreserven in der Reichsbank, deren Entfremdung von der Entente verlangt wurde, aus Berlin weggeschafft worden seien, im ganzen Umfang anzüchtigt.

\* Die Wirkung der Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918, werden auf 500 000 Todesfälle festgestellt. Alle erbetenen Widerlegungen sind von den Feinden glatt abgelehnt worden.

\* Man nimmt an, daß die Friedenskonferenz, an der Deutschland teilnehmen soll, nicht vor dem Monat Juni stattfinden dürfte.

\* Die Berliner Elektrizitätsarbeiter streiken, der Straßenbahnverkehr ist eingestellt, öffentliche und private Beleuchtung fehlt. Einigungsverhandlungen sind im Gange. Viele hundert Betriebe mußten die Arbeit einstellen.

\* Gegen Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung erheben sich starke Bedenken, vor allem

wegen der damit verbundenen technischen Schwierigkeiten.

\* Der Streik in den oberösterreichischen und rheinischen Gruben ist noch immer nicht beendet.

\* Die englische Regierung hat beschlossen, das Verfahren gegen Kaiser Wilhelm einzuleiten.

\* Aus den letzten Kundgebungen der englischen und französischen Regierung schließt man in Deutschland, daß die jetzige Besetzung deutschen Gebietes keinesfalls für die Friedenskonferenz maßgebend, sondern, daß das Selbstbestimmungsrecht Geltung haben soll.

\* Falls bis zum 29. Januar Ungarn den deutschen Bezirken West-Ungarns keine betriebliegende Autonomie gewährt, will das Land selbstständig handeln.

\* Es verlautet, daß ein Bündnis zwischen Deutschland, Österreich und Italien Aussicht auf Verwirklichung habe, wenn Italien seine Ansprüche auf die deutschen Gebiete Tirols zurückziehe.

\* Die Schließung der Pariser Besatzungen ist beschlossen worden.

## Die Neuordnung der Kommando-Gewalt.

Ein Erlass des Kriegsministers an die Offiziere, die Unteroffiziere und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres wird in einem neuen Verwaltungsblatt veröffentlicht. Die neue Neuordnung bringt eine vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer. Das wesentlichste ist, daß der Rat der Volkseigenen Soldatenräte dem preussischen Kriegsminister die Ausübung der Kommandogewalt überträgt. Dieser ist dem Rat der Volkseigenen Soldatenräte für die Art der Kommando- und Befehlsgewalt verantwortlich. Bei allen höheren Verbänden, Truppen und sonstigen Formationen üben die Führer die Befehlsgewalt aus und sind für ihre

Tätigkeit ihren Vorgesetzten und der Reichsregierung verantwortlich. An dem System der Soldatenräte ist festgehalten worden, jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Befehlen, die sich auf Truppenführung, Verwendung und Ausbildung beziehen, weg. Kleinere Einheiten, wie Kompanien und nichtselbständige Bataillone haben lediglich Vertrauensleute.

Des weiteren beschäftigt sich der Erlass mit der Zusammenfassung von Korps- und Gar-nison-Soldatenräten und mit der Stellenbesetzung. Diese selbst in Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte melden der nächsthöheren Dienststelle spätestens nach vier Wochen, ob der Führer das Vertrauen der Angehörigen der Formation besitzt. Ist dies nicht der Fall, so sind die Gründe anzugeben. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuscheiden, sie können aber die Abhebung beantragen. Die Entscheidung trifft der nächsthöhere Führer, letzten Endes die Regierung. Gegen die Entscheidung steht dem Soldatenrat und dem Betroffenen die Berufung zu.

Unteroffiziere des Mannschaften können als Zugführer in Offizierstellen gewählt werden. Sie müssen der eigenen Einheit und dem eigenen Truppenteil angehören, sowie im Felde die gleichartige oder nächst niedrige Einheit mindestens 6 Monate lang einwandfrei geführt haben und bedürfen der Bestätigung durch das Kriegsministerium.

Jedem Heeresangehörigen steht der Weg zur Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat offen. Dieser Weg darf durch keinen Befehl versperrt werden. Es ist wichtig sind neue vorläufige Bestimmungen über Befeldung und Anzug im Friedensheer gegeben worden, welche den Wegfall aller Achsestücke und Treppen sowie späterhin auch der Schulterklappen vorsehen. Dafür sind befehlsmäßig

Kartoffeln, auf Bundeskartoffelkarte Abschn. B, Nr. 1200—1500, 1 Str. 10 Mt. Auf je 1 Str. Kartoffeln muß eine entsprechende Menge Mähen entnommen werden. Bezahlung findet nur von 9 bis 12 Uhr im Lebensmittelamt statt.

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums für heute Donnerstag, den 23. Januar 1919, abends sieben (7) Uhr im Saale der „Goldenen Sonne“ Lichtenstein, den 22. Januar 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Tagesordnung:

1. Mitentscheidung wegen Nachverwilligung von Mitteln für die Anlage von Schrebergärten und Genehmigung der abzuschließenden Pachtverträge.
2. Ratensnahme von dem Verkauf einer stadtigenen Milchkuh.
3. Erhöhung des Gaspreises wegen Steigerung der Kohlenpreise.
4. Ratensnahme von der Auflösung der Kriegskreditbank.
5. Mitentscheidung wegen Abänderung der Dienstausweisung für den Schularzt.
6. Mitentscheidung wegen Neuweisung der Pflichtkundenzahl für die Volkshullehrer zufolge eines Beschlusses des Schulratschusses.
7. Gewährung von Entschädigungen an die Lehrer für den Besuch von auswärtigen Lehrerkonferenzen.
8. Vortrag der Verordnung des Kultusministeriums über den Wegfall des Schulbesuchs und über die Einführung der allgemeinen Volksschule.
9. Umfrage.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Anschlüsse an das öffentliche Fernsprechnetz, die im kommenden Frühjahr oder Sommer hergestellt werden sollen, sind spätestens bis zum 15. Februar bei dem zuständigen Postamt anzumelden. Chemnitz, den 20. Januar 1919. Ober-Postdirektion.

berichten. Das Amt re. Seine  
ichstanzler die vom tranen des gegenüber erprüfent für sein  
lanblischer das Ber worden. n. machte effern ab. fer aufzu- ist gekauft der Kar- Annahme geschlossen. dem Ge- Pächter er, darzu- den durch einer der nen Helfer hatten die  
großherzog böwig von Die Ein- Weise auf reformular er von der lso seinen  
en Tagen in dem chhabende Ratrosen Flugzeug- die beiden Ratrosen  
tenfein- r Jagende  
b 8 Uhr  
abellstunde.  
sig,  
pen,  
ucker-  
e,  
Straße.  
stag:  
sch  
niger- g 12.  
um Be- schaft. i durch i. E.,  
welche d im beschäst rd ein- anen- ch an d um d, wid- n des- berger  
0  
gut- zu-  
e.



**Sberplanik.** 500 Mark gestohlen wurden einen in der Hohenstraße wohnhaften Einwohner aus einem Tischkasten heraus.

**Werdau.** Auf Veranlassung der Militärbehörde wurden hier zwei Soldaten festgenommen und nach Zwickau gebracht, die einem in Werdau untergebrachten Truppenteile mehrere Pferde gestohlen haben, die nach Zwickau verkauft worden sein sollen.

**Blauen.** Das Inf.-Regt. 134 hatte während des Weltkrieges folgende Verluste: In der Kriegszugliste des Regiments sind insgesamt 366 Offiziere (Ärzte und Beamte), in den Kriegskammernrollen der 12 Infanterie, 2 Masch.-Gw. und 1 M. n. w. v. f. m. v. 14999 Unteroffiziere und Mannschaften (einschl. Offiz.-Stellv.) eingetragen. Die erste Komp. steht mit 1209 Unteroffizieren und Mannschaften auch hier in der Spitze. Die Gesamtverluste betragen 10077 Offiziere, davon: Offiziere (einschl. Offiz.-Stellv.) 57 tot, 204 verwundet, 29 vermisst; Unteroffiziere und Mannschaften 1551 tot, 6962 verwundet, 1271 vermisst.

**Werdau.** (Ein Schadenfeuer) entstand Dienstag vormittag in einem größeren Reibereibetriebe am Mühl. Dort war in einem Lagerstuppen beim Hebersuchen eines Kessels mit Eisen Subst. Material in Brand geraten, wodurch sich das Feuer sehr schnell verbreitete und den Stuppen verbrannte. Große Gefahr bestand für ein Wohnhaus am Mühl, an dessen Giebel bereits die Flammen schlugen.

**Waldenburg.** 3 Schweine gestohlen wurden nachts aus dem Stalle der Gutsbesitzerin verw. Baud in Ebersbach. 2 der Schweine sind den Dieben wieder entlaufen. Das dritte hatten die Diebe in der Nähe des Gutes abgetrieben. — (Eine dunkle Sache.) In dem sächsischen Teile des im Altenburgerischen gelegenen Ortes Wickersdorf bei Waldenburg ist am Dienstag eine Frau ermordet aufgefunden worden, an der ein Zettel mit der Aufschrift: „Aus Rache für Mektucht und Rosa Luxemburg“ befestigt war. Einzelheiten fehlen noch.

### Polsische Mordtaten

Berlin, 23. Januar. Die preussische Regierung hat folgendes Telegramm an den obersten polnischen Volkstribunal in Warschau gerichtet: Das General-Kommando in Frankfurt a. O. hat mir ein Telegramm des polnischen Volkstribunals betr. die Verhaftung und Verhaftungsvollstreckung übermittle. Wir weisen den Kommando unmissverständlich Behauptung seitens unserer Organe als unzulässig zurück, erheben aber ein Verbot zuverlässigen Informationsmaterials gegen die polnischen Organe die schwere Anklage nicht nur unmissverständlich Behauptung zahlreicher widerrechtlich Verhaftungen, sondern sogar mehrfacher grausamer Mordtaten. Insbesondere liegen uns Nachrichten über die Ermordung des Gutsbesitzers von Szeg und 6 anderer Gutsbesitzer im Stermeyer Hofen vor. Wir machen alle Beteiligten für widerrechtliche Schädigungen, die deutsche Staatsangehörige an Leib, Leben oder Eigentum erlitten, persönlich haftbar. In der Erwartung, daß dortselbst gleichmäßig vorgegangen wird, haben wir an unsere Organe Befehl erteilt, daß einverweilte keine Gefährdung mehr herbeiführen und daß ein Verzeichnis sämtlicher bisher festgelegter Gefährdungen einzureichen sei. Wir sind zu Verhandlungen über beiderseitige Freilassung aller 6 bereit. Wir leben zunächst der Einreichung eines Verzeichnisses der von polnischer Seite festgelegten Gefährdungen. gez. Dirsch.

Wir zur Ermordung des Gutsbesitzers v. Szeg und der sechs anderen Gefährdungen, hat man

schickte, war sie zuweilen in der schlechtesten Stimmung.

Lottemarie hatte das schon verschiedene Male erlebt und kannte diese bösen, zornigen Stunden ihrer Herrin. Sie war oft Zeuge, wie sie dieser Stimmung in der gereiztesten Art Luft machte. Mehr als einmal hatte sie gesehen, daß der Dienerschaft dann irgendein Gegenstand, von der Fürstin Hand geschleudert, an den Kopf slog. Dabei gab es oft Schreien von sehr kostbaren Gegenständen. Und über die Lippen der Fürstin kamen dann ängstlich temperamentvolle und gar nicht damenhafte Schimpfworte.

Aber letztens war sie verärgert die Fürstin dabei stets ihre junge Gefährtin, die sich nie über eine nicht tadellose Behandlung beklagen konnte. Es kam freilich vor, daß die alte Durchlaucht, von heiligem Neid erfüllt, deren Blick nicht ertragen konnte dann verbannte sie diese unter irgendeinem Vorwand eine Weile von ihrem Angesicht, bis sie allen Groll wieder überwunden hatte. Grillick und Lottemarie war sie auch zuweilen gegen Lottemarie, aber nicht ausfallend.

Und so hatte Lottemarie keine Ursache, sich zu beklagen. Sie dankte es der Fürstin, daß diese ihr Gelegenheit gab, die schöne Welt zu sehen und in den glänzenden, vornehmen Kreisen zu verkehren, in denen ihr so viele Annehmlichkeiten geboten wurden. „Ich sagte sie zu sich selbst, daß sie durch dieses Leben sehr verwöhnt würde und daß es sie später, wenn die Fürstin starb oder sie aus ihren Diensten entließ, sehr schwer ankommen würde, sich wieder in den kleinen, bescheidenen Verhältnissen daheim bei ihrem lieben, alten Papa zurechtzufinden.“

Aber solche Gedanken schob sie lächelnd mit dem

hiesigen deutschen Hofen gegenüber polnischerseits nicht einmal eine Zankkomödie für nötig gehalten, sondern sie ohne Urteil in bestialischer Weise ermordet und ihre Leichen grauenerregend verflümmelt.

### Oberschlesische Landesverrat.

Breslau, 23. Januar. Am 13. Januar hat sich eine aus Bentzen und Umgebung kommende Deputation über Prag und Wien nach Paris begeben, um sich mit der französischen Regierung über die ober-schlesischen Verhältnisse zu besprechen. Gleichzeitig mehrerer sich die Fälle, in denen im großpolnischen Jahrgang festgelegte Geistliche ihre Gemeindeglieder zum Landesverrat aufzustacheln versuchten. Dem ist zu erwirken, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Kostrennung Oberschlesiens vom Reiche vertrieben, noch vor der Entscheidung durch den Friedenskongress vollendete Tatsachen zu schaffen und vor Anschlägen auf die Sicherheit des Reiches nicht zurückzuschrecken.

Gegen die polnische Bank Kolnikow in Döberitz hat, dem „Abend“ zufolge, der Staatsanwalt das Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet. Die Bank hatte für die polnische Nationalversammlung Gelder gesammelt.

### Rosa Luxemburg lebt noch?

Obwohl auf die Auffindung der Leiche Rosa Luxemburgs eine hohe Belohnung ausgesetzt ist und verschiedene Gewässer nach ihr abgesehen sind, er scheint es fraglich, ob sie überhaupt tot ist und ob es tatsächlich ihr feindlich gesinnte Elemente waren, die die Verhaftung — denn ihr Tod war durchaus nicht festgestellt — aus dem Auto gerissen und in den Kanal geworfen haben, oder ob nicht viel mehr ihre Freunde sich ihrer bemächtigten und sie lebend in sicherer Gewahrsam gebracht haben, wo sie jetzt in so sicherer ist, als die Öffentlichkeit durch die Nachforschung nach ihrer Leiche von ihrer anderen Spur abgelenkt ist.

### Zur Freigabe der Kriegsgefangenen.

Berlin, 23. Januar. Im Anschluß an den Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär Erzberger und Marschall Joch regte, wie mitgeteilt wird, der deutsche Vorgesetzte der Kommission für Kriegsgefangene in Spa Major Pap an, daß umgehende Vorbereitungen für die Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung der Verbündeten lehnte das Ersuchen ab und erklärte, daß Marschall Joch nur die Weitergabe und Befürwortung der deutschen Bitte und möglichst rasche Rücksendung zugesagt habe. Die Entscheidung liege noch aus und sie läge bei den verbündeten Regierungen. Wie sie ausfallen werde, wisse niemand. Auch der dann vorgebrachte deutsche Vorschlag, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen anzusehen und der deutschen Unterkommission zu überreichen, wurde von französischer Seite mit dem Hinweis abgelehnt, daß bis 1. März etwa 200 000 deutsche Kriegsgefangene in Nordfrankreich zusammengezogen sein würden um dort wieder alles aufzubauen, was die Deutschen demoliert hätten. Dadurch werde die Auffüllung von Lagerstätten erschwert und die Angaben dieser Lagerstätten würden binnen kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

### Gingefandt.

(Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

### Klohnfrage betr.

„Denken Sie 2 Mk. 30 Pfg. kostet heute der Korb stehlen“, sagte meine Nachbarin in größter Aufregung

zu mir, und diese Aufregung kam ich wohl verstehen. 4 Mk. 60 Pfg. der Korb, gleich 2 Körbe. Wir im Volk sind immer noch bei der alten Regel und rechnen den Korb. Also sage und schreibe 2 Mk. 30 Pfg. solch ein Korb stehlen, wo soll das hin führen? Früher zahlten wir 60 Pfg. dafür, allerdings vor dem Krieg. Man ist ja gewöhnt, jetzt alles doppelt und dreifach zu bezahlen, aber das geht über die Kraft. Man hört manchmal sagen: Ach, in unserer Nachbarkadt oder Dorf sind sie billiger! Gewiß müssen wir dankbar sein, daß für uns Kohlen hier überhaupt noch zu erreichen sind; Großstädte und Dörfer, welche nicht im Kohlenbezirk liegen, zahlten schließlich gern mehr dafür. Aber vom rechten Standpunkt ausgehend, ist diese Preissteigerung von 3 Mk. 60 Pfg. auf 4 Mk. 60 Pfg. pro Korb zu horrend. Man muß die Armut bedenken, stellt sie sich, hungernd und frierend, vor Augen und all' der, die vom Kriege heimkehrten, nun vielfach Arbeitslosen, die einen eigenen Hausstand haben, ihnen ist es doch gar nicht möglich, solche Preise zu zahlen. Wo liegt die Schuld der übermäßigen Kohlenpreissteigerung, an den immer höheren Forderungen der Bergarbeiter? Oder sind noch andere Faktoren vorhanden? Bitte sich da nicht ein Weg anbahnen, die vorgenannten Uebelstände etwas zu bessern? Wer kann Antwort geben? Ich spreche gewiß im Sinne vieler.

### Bermischtes.

Was in Berlin alles passieren kann. Nicht ersahen in der Wohnung des Juwelers Schürer in der Gornaustraße, der mit etwa 30 Personen den Geburtstag seiner Braut feierte, 3 Matrosen und 1 Feldgraner und forderten die Gäste mit vorgehaltenen Pistolen auf, die Hände hoch zu heben, dann durchsuchten sie jeden einzelnen, nahmen ihnen das Geld, sowie die Papiere aus den Taschen und forderten Schürer auf, den Selbstschranz zu öffnen, aus dem sie 300 Mark entnahmen, sowie die darin befindlichen Papiere, dann wurde die ganze Geburtstagsgesellschaft in ein Nebenzimmer geführt. Während einer der Matrosen Schürer anführte, sich anzukleiden und ihm nach dem Polizeipräsidium zu folgen, warfen die Räuber, um unbemerkt zu entkommen, auf dem Korridor der Wohnung eine Gasbombe. Die Gase, die sich entwickelten, veranlaßten die Gäste, aus dem Fenster zu springen, wobei eine Frau einen Bruch des linken Beines erlitt. An harem Gelde sind den Räubern ungefähr 2000 Mk. in die Hände gefallen.

### Ein neues Ruhmesblatt der Waffenstillstands-Kommission.

Wir lesen in der Deutschen Tageszeitung: Die kundliche Freude über die „großen Erfolge“ der Waffenstillstands-Kommission in Trier dankt fort, Herr Erzberger ist der Dank der Regierung ausgesprochen worden. Nichts könnte besser zeigen, wie tief mit allen anderen, auch das Selbstgefühl und das Gefühl berechtigter Ansprüche und das Interesse an der Sache in Deutschland gesunken ist, wenn es überhaupt einmal vorhanden war. Das Nachgeben der Franzosen in einigen Fragen, so in ihren Forderungen hinsichtlich der Raubzüge, beweist nach dem Bilde der Verhandlungen schon, daß es sich nicht um be-

Einige der Herren waren am Vormittag in Paris gewesen, und ein hyperleganter schlanker Mann in der Mitte der Bierzig, ein Baron Liebenau, sagte zur Fürstin:

„Du Lairo habe ich heute auch Seine Durchlaucht, Fürst Egon Ranzow gesehen, Durchlaucht.“

Die Fürstin richtete sich überrascht auf.

„Meinen Neffen? Er ist in Lairo?“

„So ist es, Durchlaucht.“

„Er treibt sich doch auch überall herum. Haben Sie ihn gesprochen, Baron?“

„Nein, Durchlaucht. Ich sah ihn nur von weitem und in Begleitung eines jungen Herrn, den ich nicht kannte.“

„Das ist sehr gut. Wenn Sie ihn gesprochen hätten, dann hätten Sie ihn sicher verraten, daß ich hier in Seluan bin, und dann wäre er bestimmt nicht hergekommen. So aber ist es doch wahrscheinlich, daß er einen Ausflug hierher macht, wenn er nicht gar länger Aufenthalt nimmt.“

„Meinen Durchlaucht nicht, daß er erst recht hierher kommen würde, wenn er ahnte, daß Sie hier wüssten?“

„Nein, Baron, wir sind Antipoden, mein Neffe und ich. Wir schätzen uns sehr, und ich für meinen Teil genieße seine Gesellschaft sehr gern. Aber er sieht mich nur aus respektvoller Entfernung. Und das nehme ich ihm auch nicht übel. Was kann ich alte Frau ihm sein? Ist er in meiner Gesellschaft, so muß er tausend Rücksichten auf mich nehmen, und die Ranzows sind kein sehr rücksichtsvolles Geschlecht. Ich bin ja auch eine echte Ranzow, und habe in meiner Jugend ebenfowenig Rücksicht auf das Alter genommen.“

Drehstuhl der Jugend wieder von sich. Und jedenfalls genoh sie alles Schöne, das ihr geboten wurde, mit großer Aufmerksamkeit und Dankbarkeit, und mit der ganzen Aufmerksamkeit elastischer Jugend.“

Um Lottemaries Schönheit ins rechte Licht rücken zu können und so ihre Anziehungskraft zu verstärken, hatte die Fürstin sich ausgemacht, daß sie die Toiletten, die Lottemarie in Ausübung ihrer Pflichten trug, selber bezahlen durfte.

„Sie müssen mir das schon erlauben, Fräulein Lottemarie. Ich will, daß Sie immer und überall so gekleidet sind, wie es einer Dame zukommt, die immer in meiner Gesellschaft ist. Wenn Sie diese Toiletten bezahlen sollten, würde das Ihr Einkommen weit übersteigen. Es gehört also mit zu den Bezügen Ihrer Stellung bei mir, daß Ihnen diese Toiletten geliefert werden, so oft ich es für nötig halte. Ich werde Sie natürlich niemals zwingen, etwas zu tragen, was Ihnen mißfällt. Sie sollen ganz sicher Ihren eigenen, übrigens sehr guten und vornehmen Geschmack betätigen. Ich will nur bestimmen, wann Sie sich neue Toiletten bestellen müssen, will die Firma bestimmen, die sie liefert, und will sie bezahlen. Also machen Sie kein unbehagliches Gesicht, es kann Sie in keiner Weise demütigen, daß ich Bekanntschaften, die ich Ihnen auferlegen würde, selbst bestimme.“

Auch heute waren die beiden Damen bald wieder von einer Schaar von Herren umringt, unter die sich natürlich auch einige Damen mischten. Man tauchte die Erlebnisse des Tages aus, schlürfte durch die glänzenden, runden Strohhalm- oder Kaszobrühen Extriktionen und mokierte sich über diese und jene mißliebige Persönlichkeit.

Londoner Politik und Energie Herr Erzberger gehandelt hat, sondern daß die französische Forderung nach Menge des Soldaten und Termin der Ablieferung ganz willkürlich gegrieffen worden war. Auf die deutschen Vorstellungen blieb es französischerseits: Nun gut also weniger, also zu einem andern Termin! Wir vermögen aus dieser Nachsicht nicht nur zu ersehen, wie viel die deutsche Kommission von Anfang an hätte erreichen können, wenn sie geeignet zusammengesetzt worden wäre und von vornherein eine ganz andere Energie, Fähigkeit und Sachinteresse gezeigt hätte, als es der Fall gewesen ist.

Ganz unerhört ist die Nachgiebigkeit der Kommission gegenüber der vertragswidrigen britischen Forderung: die noch im Ganzen beabsichtigten deutschen Unterseeboote seien anzuliefern. Die Kommission hatte hierauf eine Protestnote eingereicht. Die Sache kam in Trier zur Sprache. Nach dem vorliegenden Berichte entspann sich ein „Wortwechsel“ zwischen Admiral Brownrigg und dem Marineminister Kapitan Hanselow. Die Unterhaltung endete mit der Frage Hanselows: „Dann soll also Deutschland während des Waffenstillstandes für England Unterseeboote bauen?“ Der britische Admiral antwortete: „Exactly!“ Genau so ist es! Hanselow hat darauf keine Antwort gehabt!

Diese vertragswidrige, erniedrigende und unglaubliche Forderung ist von der deutschen Kommission angenommen worden. In dieser beschämenden Tatsache, die das Deutsche Reich und Volk noch mehr zum Gegenstand der Verachtung und des Gelächters machen wird, wird nichts durch die Aufrechterhaltung des Protestes geändert. Die Kommission hat laut Unterzeichnung des Gesamtvertrages keinen wesentlichen Anstoß daran genommen, ja ihrerseits die Verpflichtung übernommen, daß die deutschen Boote während der Waffenstillstandsdauer Unterseeboote für Großbritannien bauen.

Erfürlich erscheint aus dieser Vorgang nur durch die weitere Annahme, daß die Regierung diesem Punkte mit völliger Gleichgültigkeit gegenübersteht. Wahrscheinlich haben die Feinde auch aus den Trier-Berliner Ferngesprächen, die sie abhörteten, diesen Einbruch gewonnen und deshalb die gute Gelegenheit, die Deutschen noch mehr zu erniedrigen, mit Hilfe der deutschen Regierung und der Kommission benutzt. Die Bemerkung im Kommissionsbericht ist eine leere, irreführende Phrase: die englische Forderung begründet sich in der Furcht der Verbündeten, der Unterseebootskrieg könne wieder ausbrechen. Die Marine wird ausbleibend immer reifer, von Herrn Perkins übernommen zu werden, wozu auch in der Nähe oder vielleicht maßgebenden Kreisen ernste Reizung bestehen soll.

### Die Sozialisierungsbestrebungen im Ruhrrevier.

In der Konferenz der A- und S-Räte des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks in Essen, in der die Regierungsvertreter Unterstaatssekretär Giesberts und Professor Willbrandt zugegen waren, wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Konferenz hält fest an dem Sozialisierungsbeschlusse der Konferenz vom 18. Januar 1919. Die von der Konferenz der A- und S-Räte des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks am 13. Januar 1919 angenommene Vorlage der drei sozialdemokratischen Parteien eingesetzte Revisor-Kommission bleibt bestehen, die von der Regierung eingesetzten Kommissare, ein Reichs- und ein Staatskommissar, arbeiten in Uebereinstimmung mit der Kommission, Regierungskommissare und Revisor-Kommission bilden den Zentralkörper für die Sozialisierung. Von diesem Zentralkörper sind unverzüglich Unterausschüsse für die Kontrolle der Bergwerke und der Betriebsgesellschaften für Bergwerksprodukte einzusetzen, beauftragt für Regelung der Tariffragen, die Körperschaft hat das Recht und die Pflicht, nach Bedarf sachkundige Mitarbeiter aus den verschiedenen Gebieten herauszugeben. Als sachkundiger und juristischer Beirat für den einzusetzenden Unterausschuß beim Kohlenhandel wird Landrichter Ruden-Essen vorgeschlagen. Das in der Konferenz am 13. Januar beschlossene Räteprogramm bildet als Grundlage der Sozialisierung bestehen. Die

Wahlen sind, soweit sie nicht bereits stattgefunden haben, auf Grund des dort beschlossenen Wahlverfahrens fortzusetzen, sie müssen bis zum 1. Februar 1919 abgeschlossen sein, sämtliche anwesenden A- und S-Räte verpflichten sich durch ihre Vertreter, jeden Widerstand gegen die Wahlen wie gegen die Sozialisierung überhaupt mit allen Kräften entgegenzusetzen. Auf dem Boden des in dieser Resolution aufgestellten Aktionsprogramms glauben alle drei sozialdemokratischen Parteien gemeinsam arbeiten zu können. Die A- und S-Räte verpflichten sich zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ruhe, wenn die Sozialisierung durchgeführt und nicht durch Entsendung von Truppen gestört wird.

### Sozialisierungsmaßnahmen im Bezirk Merseburg.

Der aus unabhängigen Sozialdemokraten bestehende Arbeiterrat in dem Regierungsbezirk Merseburg teilt mit, daß der sämtliche Bergbaubetrieb für Kohle, Kali und Kupfer der Bezirke Halle, Jitz, Weissenfels, Raumburg, Mansfeld und Bitterfeld zum Zwecke schleunigster Sozialisierung unter seine Kontrolle genommen hat, ebenso das Hällesche Oberbergamt. Eventueller Widerstand gegen die Bergeschließung der Bergbaubetriebe soll durch Generalstreiks gebrochen werden.

### Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,

Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz.

Schwesterfiliale Burgstädt

empfehlen

mündelmässige Anlagewerte.

### Die polnischen Wünsche.

Zürich, 22. Januar. Wie der Pariser Korrespondent der N. Zür. Ztg. berichtet, hat das polnische Nationalkomitee in Paris eine Karte über die Abgrenzung des widerherzustellenden Polens vorgelegt, wonach das Territorium Polen 450 000 Quadratkilometer und 38 Millionen Einwohner zählen würde. Ein Teil des historischen Polens soll Litauen überlassen werden, falls dieses selbständig wird. Polen beansprucht für sich Wilno, Grodno und Minsk, von wo die Grenze östlich von Kiew laufen wird. Wolljuzen und Bobolien sollen mit der Ukraine vereinigt werden. Die Ruthenen sollen Polen einverleibt werden, jedoch mit der Gewährung des Rechts der sprachlichen Minderheiten im östlichen Galizien. Die Provinz Lischin soll mit Zustimmung der Lischiner an Polen fallen. Deutschland müsse Oberschlesien mit Oppeln und außer der Provinz Posen, Danzig, Allenstein und das litauische Masuren abtreten. Königsberg soll eine deutsche Enklave werden oder eine unabhängige Republik bilden, die mit Litauen verbunden ist. Der Rest von Ostpreußen soll Litauen zugesprochen werden. Litauen könnte sich sowohl mit Polen als mit Litauen vereinigen, wenn es nicht mehr Rußland zugehört. Die italienischen Blätter berichten, General Pilsudski werde nun endgültig das Oberhaupt des polnischen Staates. Die nun unmittelbar bevorstehende Ueberführung der zwei polnischen Divisionen nach Danzig werde mit englischen Schiffen bewerkstelligt werden.

### Holländisches Urteil über Poincares Rede.

Amsterdam, 22. Januar. Menno van den Das schreibt zu den Sätzen in Poincares Rede, worin dieser das polnische Volk, womit die deutsche Regierung zu Beginn des Krieges die Neutralität Englands zu erlangen versucht habe, schändlich nennt: Aber auch hier scheint der Satz zu gelten, wenn zwei daselbe tun, so ist das nicht daselbe. Italien ist

seinen Bundesgenossen im Jahre 1914 nicht beigespiungen. Dazu hatte es vertragmäßig das Recht. Es hat sich aber nach einem Jahre gegen seinen alten Bundesgenossen gestellt. Es ist selbstverständlich, daß es dafür von Poincaré gelobt wird, der ja den großen Kampf auf die klarste einfache Formel des Kampfs Recht gegen Unrecht zurückführt. Auch Rumänien erhielt Lob, und Japan habe ausschließlich aus Treue zu Großbritannien, seinem großen Bundesgenossen, zu den Waffen gegriffen. So der Präsident der französischen Republik. Es ist möglich, daß sich George der an Poincaré linker Seite sah, sich dabei auf die Lippen gebissen hat. Er hat nämlich Humor. Als der Präsident über Haiti, Honduras und Paraguay sprach, antwortete: Was soll ich über die vielen amerikanischen Staaten sagen? In der Tat würde es nicht leicht gewesen sein, von allen diesen amerikanischen Staaten festzustellen, unter welchen Umständen und aus welchen Beweggründen heraus sie beschloffen, dem bedrohten Rechte zu Hilfe zu kommen.

### Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Bonn, 22. Januar. Das Reichsamt für Ernährung meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter Kontrolle der Verbündeten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Verbündeten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten bestimmten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht werde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte Lebensmittel- und Schifffahrtskommission hat sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schifffahrt befanden, zusammengekommen sei. Wegen des nichtgeordneten Zustandes in Deutschland seien die Delegierten der Verbündeten im Zweifel gewesen, ob irgendeine feste Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen. Aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage seien, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Fleisch, Fett und kondensierte Milch kaufen und einführen darf. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

### Das Ergebnis der Nationalwahlen.

Berlin, 22. Januar. (Nichtamtlich.) Das Endergebnis aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen stellt sich folgendermaßen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten waren erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	34
Christliche Volkspartei	88
Deutsche Volkspartei	25
Deutsche demokratische Partei	77
Sozialdemokratische Partei	164
Unabhängige sozialdemokratische Partei	24

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus:

- 4 Welsen (3 in Hannover, 1 in Stadt)
- 1 Bauern- und Landarbeiter-Demokrat in Schleswig-Holstein,
- 4 bayrischen Bauernbündlern,
- 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Das Reichsamt des Innern beabsichtigt, über die Wahlergebnisse am Vormittag des 22. Januar im Reichsanzeiger eine amtliche Zusammenstellung herauszugeben, ist aber infolge des Streiks der Arbeiterschaft in dem Berliner Elektrizitätswerken hierzu nicht in der Lage, da die Dienststräume ohne Licht sind. Wann die Zusammenstellung bekanntgegeben werden kann, ist zurzeit nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

### Kirchliche Vereinsnachrichten für Sichtenstein.

Blattzeit: Sonntags abends 8-1/2 Uhr Bibelstunde: Jakobus III. „Von Jungensünden und vom wirtlichen Fortschritt.“

### 2 P. S. Motor

wird zu kaufen gesucht.  
Schubert, Hauptstraße 28.

Verkauf:  
**Küchenschrank, neu,**  
mit Linoleum.  
Schubert, Röhligerstraße 2.

### 3/4 = Geige

zu kaufen gesucht.  
Schubert, Hauptstraße 17.

Mehrere Stämme schöne  
**Arenzungs- u. Haßehühner**  
verkauft  
Geitze, St. Egidien Nr. 30.

---

Schöne  
**Erkerwohnung**  
mit kleinem Balkon sofort  
oder 1. April umständehalber  
an ruhige Leute zu vermieten.  
Wilhelm Ebert-Str. 5 b.

Ein  
**2 P. S. Motor**  
wird zu kaufen gesucht.  
Schubert, Hauptstraße 28.

---

Verkauf:  
**Küchenschrank, neu,**  
mit Linoleum.  
Schubert, Röhligerstraße 2.

---

Ein  
**3/4 = Geige**  
zu kaufen gesucht.  
Schubert, Hauptstraße 17.

**20 Mark Belohnung,**  
wer mir denjenigen namhaft machen kann, der am  
**Dienstag, den 21. Januar halb 6 Uhr abends auf**  
**Röhliger Allee** (in der Nähe des Stiebräufischen  
Hofes) unberechtigt die Jagd aus-  
gelibt hat. Obige Belohnung sichere ich auch demje-  
nigen zu, der mir für die Zukunft irgendwelche Jagd-  
freier zur Anzeige bringt.

**Max Süß, Jagdpächter.**

---

Für die uns zu unserer SILBER-HOCHZEIT in so reichem  
Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir  
hierdurch unseren  
**herzlichsten Dank.**  
Lichtenstein, am 23. Januar 1919.  
Friedrich Hermann Bretschneider und Frau  
Ida geb. Behrle.